

Antrag

**der Abgeordneten Ksenija Bekeris, Sylvia Wowretzko, Kazim Abaci,
Hendrikje Blandow-Schlegel, Uwe Giffei, Regina-Elisabeth Jäck,
Annkathrin Kammeyer, Gert Kekstadt, Dr. Annegret Kerp-Esche, Gerhard Lein,
Doris Müller, Wolfgang Rose, Jenspeter Rosenfeldt, Marc Schemmel,
Brigitta Schulz, Jens-Peter Schwieger,
Dr. Isabella Vértes-Schütter (SPD) und Fraktion**

und

**der Abgeordneten Christiane Blömeke, Dr. Stefanie von Berg, Mareike Engels,
René Gögge, Antje Möller, Dr. Carola Timm (GRÜNE) und Fraktion**

Betr.: Koordinierendes Zentrum für die Beratung und Behandlung von Folteropfern und traumatisierten Flüchtlingen

Flüchtlinge, die einer besonderen medizinischen und psychologischen Hilfe bedürfen, sollen alle nötigen Hilfen zur Verfügung gestellt bekommen, damit es nicht zu langfristigen schweren Folgen von Folter und traumatisierenden Gewalterfahrungen kommt. Neben den schweren gesundheitlichen Folgen für die Betroffenen sind langfristige Folgeschäden solcher Traumatisierungen auch ein Integrationshindernis.

In Hamburg gibt es bereits verschiedene hochengagiert und erfolgreich in diesem Bereich arbeitende Träger, Initiativen, Verbänden und Vereinigungen. Deren Arbeit gilt es zu stärken, zu koordinieren und wo nötig auszubauen.

Für Kinder und Jugendliche gibt es die Flüchtlingsambulanz in Zusammenarbeit mit „Children for tomorrow“ am UKE. Hilfen für erwachsene Flüchtlinge werden von AK Nord und UKE angeboten, sollten aber nötigenfalls ausgebaut werden. In mehreren Erstaufnahmen konnten inzwischen psychologische Sprechstunden eingerichtet werden, die Kriseninterventionen und eine erste Diagnostik anbieten können. Der Übergang in erforderliche psychotherapeutische Behandlungen gelingt jedoch zu selten, weil Behandlungskapazitäten und/oder Dolmetscherdienste fehlen.

Vor diesem Hintergrund soll in Hamburg ein koordinierendes Zentrum für die Beratung und Behandlung von Folteropfern und traumatisierten Flüchtlingen aufgebaut werden, das mit den bereits bestehenden Trägern und Initiativen im Bereich der psychotherapeutischen Versorgung in einem Netzwerk zusammenarbeitet. Ziel der Netzwerkarbeit soll es sein, die vorhandenen Strukturen und die Expertise aller Akteurinnen und Akteure zu nutzen, um die Angebote bestmöglich aufeinander abzustimmen.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird ersucht,

1. ein koordinierendes Zentrum für die Beratung und Behandlung von Folteropfern und traumatisierten Flüchtlingen in Hamburg aufzubauen. Das Zentrum sollte mit den bereits erfolgreich aktiven Trägern psychotherapeutischer Angebote sowie begleitender Beratungs- und Unterstützungsangebote für Geflüchtete in Hamburg in einem Netzwerk zusammenarbeiten und ihre Arbeit unterstützen und stärken.

2. finanzielle und personelle Ressourcen für das koordinierende Zentrum aus den für die Flüchtlingsversorgung vorgesehenen Mitteln im Einzelplan 9.1 zur Verfügung zu stellen und dies auch im Haushaltsplan-Entwurf 2017/2018 zu berücksichtigen.
3. der Bürgerschaft erstmals im Rahmen der Haushaltsberatungen über den Stand der Planungen zu berichten.